

Ercheint
an allen Werktagen.
Bezugspreis
vom 1. Juli 1921 an
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post 55.—
Fernsprecher: 4246, 2273.
3110, 3249.

Posener Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundstiftung im
Anzeigenteil innerhalb
Polens . . . 15.— M.
im Restland 40.— M.
für Aufträge aus
Deutschland . . 2.50 M.
im Restland 10.— M.
in deutscher Wirt.
Telegraphenadresse:
Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Polischkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Politische Phantasmagorie oder Wirklichkeit?

Es ist nicht viel mehr als zwei Jahre her, daß keine geringe Anzahl im wirtschaftlichen Leben stehender Deutscher, namentlich in den alten historischen Stieplätzen an der Weichsel, nicht lediglich mit Skeptizismus der Entwicklung Polens gegenüberstand. Woher dies Vertrauen zu dem neuen Staatswesen, selbst von einer Seite, die alle Ursache hatte in ihren Hoffnungen vorsichtig zu sein?

Es trägt nicht wenig zur Idealisierung eines Volkes bei, wenn ihm von außen die Möglichkeit abgeschnitten ist, das in Gedanken Vorgeführte in die Wirklichkeit umzusetzen. Man nimmt Träume für Gestalt, Phantasmagorie für Wirklichkeit. Oder sollte es mehr als Phantasmagorie sein, was als die eigene staatliche Mission von Polen selbst in Anspruch genommen wird? In dem Ideenträger polnischer Geschichtsphilosophie nimmt der Gedanke der „Union“ von je her den bedeutendsten Rang ein. Union: das Prinzip der Nationalitätenföderation! Vor Tisch las man, — daß es das Grundprinzip polnischer Staatsauffassung wäre.

Es dürfte nicht unnütz sein, sich gelegentlich zu erinnern, daß in den (polnischen) Hoffnungen seiner Zeit so nahe stehenden Veröffentlichungen wie die „Polnischen Blätter“ Bethmännichs Angedenkens (Herausgeber Feldman, unter Mitwirkung namhafter Gelehrter, von denen freilich der eine oder andere, wie man hört, es doch vorgezogen hat, seine Begeisterung für die polnische Sache nicht so weit gehen zu lassen, daß er den sicheren deutschen Universitätslehrstuhl gegen einen angebotenen polnischen umtauschte), — daß in besagten Blättern, die Lösung der östlichen Probleme in der modernen Ausgestaltung der alten polnisch-litauischen Union erblickt wurde. „Freiwillige Verbindung der Völker auf dem Prinzip der Gleichheit!“ So hieß damals das Schlagwort polnischer oder polenfreundlicher Intelligenz. „Freie mit Freien, Gleiche mit Gleichen.“ (Siehe Heft 82, Feldman.) Die Mission Polens als Völkerbindungsmittel gewann so große Dimensionen in der Idee, daß man in verantwortlichen oder nicht verantwortlichen Kreisen Deutschlands im Kriege den Gedanken diskutieren konnte, ob nicht auch Kurland zu dem neuen Großpolen zuzuschlagen wäre mit — Polnisch als Staatssprache, unter Garantien für die Andersstämmigen!

Diese Lieblingsidee der „freiwilligen Verbindung“ hatte in der „Emigrantenbildung“ eine ethische Vertiefung und philosophische Erweiterung zu einer ganzen Weltanschauung gefunden. Die Mission des polnischen Volkes war: Weltheilung zu sein. Es trägt die Sünde einer in sich zerfallenen Welt, zu deren Erlösung. Eine Erlösung, die nur in Richtung des alten Gedankens der freiwilligen Union der Völker liegen konnte. Erst wenn das polnische Volk in sein angestammtes Recht gesetzt ist, wird die Völkerrechtlichkeit anheben. Dies die Gedanken des „Buchs vom polnischen Volk“.

Wir verehren diese Gedanken eines edlen Dichters, der seinem Volk im Unglück aus der Erniedrigung Erhebung und Läuterung schuf. Aber wir fragen mit Recht, was lebt von diesem idealisierten, ins Reich der Idee erhobenen Polen eines Mickiewicz in dem Europa der Nachkriegszeit? Das Polen, das allmählich vor dem Abendland seine wirkliche Gestalt entschleierte, begnügt seine liberalen Freunde — nicht nur in Deutschland — aufs ärgste zu desavouieren: „Nau-mann mit seinem „Der Deutsche und Polen“, Gothein mit seinem „Selbständigen Polen“ als Nationalitätenstaat und dem polnischen Kurland an der Spitze, von Erzberger und Bethmann zu schweigen. Man sage, was man wolle, alle diese deutschen und außerdeutschen Parteigänger Polens, sie spannen und spinnen ihre Gedanken letzten Endes vom Wollen der Emigranten-Phantasmagorie und der polnischen politischen Idee der „Union“.

Wir fragen, ist dieses polnische Volk der Emigrantenbildung nur ein Gedankengebilde, ist jenes Kulturprogramm der selbständigen Verbindung der Völker billige Geste aus der Zeit eigener Dummheit? Ist von diesem Polen, das einst die Sympathie des liberalen Deutschland in höchstem Maße besaß und deutsche Dichter zu flammenden Ergüssen begeisterte, nichts übrig? Vergeltungshysterie diktiert Gesetzgebung und Verwaltung, nationalistische Rärm ereicht die Tat, Zerstörung und Auflösung den notwendigen Aufbau. Uns scheint die billige, aber darum nicht weniger richtige moralische Betrachtung am Platz zu sein, daß das erkannte Übel der Welt nicht durch noch größeres Übel überwunden wird. Polen als ein staatliches Gebilde erfüllt eine Kulturaufgabe in dem neuen Europa nur, wenn es den Gedanken der „Union“ aus seiner politischen Vergangenheit eine neue zeitgemäße Form gewinnen läßt, die Form der gerechten „Union“ aller Völkerstämmes seines Territoriums zu gemeinsamen staatlichen Aufgaben. Polen als ein nationalistischer Staat ist ein Anachronismus. Historische Sentiments und retrospektive Andacht vor ehemaliger Machtgröße, wohl begreiflich in einer Zeit staatlicher Unselbständigkeit, werden zum Verbrechen an eigener Zukunft, wenn sie den Blick für die Gegebenheiten praktischer Arbeit trüben. Gedankenloser Patriotismus ist der ärgste Feind des Staates. Die Zeit für Heftpläne und redaktierte ist vorüber. Selbstmörderische Gesetzgebung, Vergeltungsverwaltung, cum grano salis-Behörden, Surrogatwirtschaft, es muß ein Ende mit diesen

Nachlinien nehmen, die uns in den Sumpf geführt haben. Die Schwierigkeiten sind ohnedies groß genug, ein einheitliches Staatsgebilde aus drei kulturell und wirtschaftlich verschiedenen Teilgebieten in einer Zeit der Warenleerheit und der Entlohnung von weitenhellen Betriebsmitteln zusammenzuschweißen. Ein Staatsgebilde, das seine Aufgabe nicht begreift oder gegen die Bestimmung lebt, aus der heraus es entstanden ist, wird auf die Dauer eine Existenzmöglichkeit nicht behaupten. Eheu, surge Christophore! jam jam tempus est ad scholam eundi!

Rg.

Die Wilnaer Frage. Litauen droht mit Krieg.

Wilna, 21. Juli. (P.M.) Aus Rom wird gemeldet, daß die Litauer für den Fall, daß ihnen Wilna und das Wilnaer Gebiet von den internationalen Faktoren nicht zuerkannt wird, entschlossen sind, tätlich gegen General Jeligowski vorzugehen. Zu diesem Zweck wurde eine lebhaft propagandistische Bewegung in der Bevölkerung und bei den Soldaten unternommen. In der letzten Zeit treffen häufig bei den Militärabteilungen Sejmabgeordnete ein, die unter den Soldaten heftig für einen Krieg mit Jeligowski agitieren, mit dem — so erklären sie — man leicht fertig werden könne, da Polen, gebunden an den Suwaller Vertrag, ihm nicht zu Hilfe kommen könne.

Jeligowski beruft einen Staatsrat.

Wilna, 21. Juli. (P.M.) In den nächsten Tagen wird General Jeligowski einen Staatsrat zusammenrufen, dem Mitglieder der Selbstverwaltungskörper und evtl. Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen beitreten werden. Der Zweck dieser Versammlung ist, daß sich die Bevölkerung Mittel-Litauens über die Aufgaben des gegenwärtigen Augenblicks, die mit den Beschlüssen des Völkerbundes in Genf zusammenhängen, aussprechen kann.

Polen und Tschechoslowakei.

Prag, 21. Juli. (P.M.) Die hiesige Presse bekämpft energisch die antipolnischen Ausführungen der „Tribuna“, die die Aufnahme Polens in die kleine Entente als eine Schwächung des Bündnisses und als etwas mit den Interessen der Tschechoslowakei im Widerspruch stehendes ansieht. Die Presse der Hauptstadt führt weiter aus, daß man den früheren Fehler der fundamentalen Staatspolitik verbessern und mit Polen ein enges militärisches, politisches und wirtschaftliches Bündnis schließen soll. Nur ein solches Bündnis wird für beide Staaten von Nutzen sein und zur Herstellung des Friedens in Europa beitragen. Die „Tschechoslowakische Republik“ betont die Notwendigkeit, die Vergangenheit zu liquidieren und Grundlagen für neue politische Beziehungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu schaffen. Am Ende betont die Zeitung scharf den polenfeindlichen Angriff der „Tribuna“. Das tschechische Volk fordert eine enge Freundschaft mit Polen und ein friedliches Zusammenleben in der großen slawischen Völkerfamilie.

Weißrussland konzentriert Truppen.

Warschau, 22. Juli. Aus Baranowicz wird gemeldet: Personen, welche in letzter Zeit mit Erlaubnis die Grenze überschritten und sich längere Zeit in Weißrussland aufgehalten haben, bestätigen übereinstimmend, daß inmitten der dortigen Bevölkerung sich gegenwärtig eine bedeutende Unruhe bemerkbar macht, deren Grund die Konzentrierung roter Truppen in großer Zahl ist. Die Sowjetbehörden Weißrusslands erklären, daß die Konzentrierung die Bekämpfung des Banditenwesens in Weißrussland zum Ziele hat. Die Bevölkerung glaubt aber nicht daran. Tatsache ist, daß die Soldaten sich zu einer neuen Offensive gegen Polen konzentrieren. Andere Meldungen, die mehr der Wahrscheinlichkeit entsprechen, besagen, daß die Konzentrierung deswegen geschieht, um die Soldaten für den Winter zu verproviantieren, weil der katastrophale Stand der Ernte in Weißrussland eine genügende Versorgung nicht verbürgt. Es wird damit gerechnet, daß Schmuggler viel Lebensmittel über die Grenze schaffen werden infolge des günstigen Erntestandes in Polen.

England europamüde.

Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“, der über die starke Verstimmung berichtet, die die französische Note im foreign office hervorgerufen habe, teilt u. a. mit: In amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchten, um sich eine Rechtfertigung für die Besetzung des Ruhrgebiets und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlussfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von allen kontinentalen Angelegenheiten zurückzuziehen.

Ein Ausscheiden Englands aus der Entente, soweit sie aktiv in Europa in Erscheinung tritt, wäre aber auch außerordentlich zu bedauern. Es würde bedeuten, daß Frankreich die unbeeinträchtigte Hegemonie in Europa erhält, das heißt zum alleinigen Exekutor des Versailler Vertrages wird. Damit wäre aber bei der leider nicht zu beidnigenden Neutralität der Franzosen einer Arahrankenloser Willkürherrschaft und Gewalt-politik Tür und Tor geöffnet, die über kurz oder lang Europa in allerschwerste politische Krisen stürzen müßte. Der Versailler Vertrag dieses unheilvolle aller Friedensdokumente liefert ja hinreichend Handhaben, um jederzeit Vornahme zu neuen kriegerischen Maßnahmen gegen Deutschland zu erlauben. Es mag leider befürchtet werden, daß Frankreich diese Möglichkeiten weitgehend ausnützen wird, sobald ihm von englischer Seite nicht mehr rechtzeitig in den Arm gefallen werden kann.

Politische Tagesneuigkeiten.

Die Völkerversammlung, an der der amerikanische Völkerversammler teilnahm, hat den 26. Juli als Termin des Austausches der Ratifizierungsurkunden des Vertrages von Trianon bestimmt. Die deutsche Handelsmission ist heute morgen in Lissa eingetroffen. Die deutsche Gesandtschaft veranstaltet zu Ehren der Mission ein Bankett, an dem auch die Vertreter der lettischen Regierung teilnehmen werden.

Aus Oberschlesien.

Eine neue Art der Lösung.

Der „Temps“ regt, wie berichtet, eine neue Art der Lösung der obereschlesischen Frage an. Er schreibt, daß nach der Sicherung des Friedens und der Ordnung in Oberschlesien die Möglichkeit erwogen werden müßte, Oberschlesien ungeteilt zu lassen. Am besten wäre es, das Abstimmungsgebiet auf zwanzig Jahre durch eine interalliierte Kommission verwalten zu lassen. Es heißt wörtlich weiter: „Wir wollen nur die Gerechtigkeit, und wir wünschen lebhaft, daß sie für alle gleich sein soll, sowohl für Deutschland als auch für Polen. Damit sich die Gerechtigkeit jedoch ihre Wege ebenen kann, muß sie ein Schwert in Händen haben.“

Es ist ein immerhin origineller Einfall des „Temps“; aber bei dieser furchtbar ernsten Lage des obereschlesischen Abstimmungsgebiets sind solche Epöhe doch als verfehlt zu betrachten. Oder sollte dieser „herrliche Gedanke“ des „Temps“ doch einen ernsteren Hintergrund haben? Der „Temps“ wird ja immerhin bislang als das Organ des französischen Außenministers angesehen. Es wäre möglich, daß man in Frankreich durch diesen Vorschlag das ungeredete hinauschieben der Entscheidung bemängeln und die Bestimmung des englischen Bundesgenossen gegen Frankreichs parteiische Stellungnahme in Oberschlesien beseitigen möchte. Der Plan ist ja vor einiger Zeit in England diskutiert worden.

In Paris beschäftigt man sich in letzter Zeit mit einer neuen Teilungslinie, die bei den Besprechungen in Wiesbaden zwischen Loucheur und Rathenau ausgetauscht ist und deshalb Loucheur-Linie genannt wird. Da Rathenau erklärt hatte, daß Deutschland die Forderungen des Ultimatus nur erfüllen könne, wenn Oberschlesien bei Deutschland verbleibt, haben sich die beiden Herren auf diese Linie geeinigt. Danach soll Deutschland die zehn nördlichen und westlichen Kreise, sowie Gleiwitz, Zabrze, Groß-Strehlitz, Loß und Tarnowitz, Polen dagegen Beuthen, Kattowitz, Königs-hütte, Pleß und Rybnitz erhalten. Briand hatte damals kategorisch erklärt: „Das ist nicht meine Linie.“ Heute scheint in Paris die Meinung geteilt zu sein. Trotzdem kommt wohl diese Loucheur-Linie nicht in Frage.

Italien hält an der Sforza-Linie fest.

Paris, 21. Juli. (P.M.) Ein Teil der Presse nimmt an, daß die neue italienische Regierung den Kompromißentwurf des Grafen Sforza in der obereschlesischen Angelegenheit annimmt.

Oppeln, 21. Juli. (P.M.) Die französischen, englischen und italienischen Oberkommissare haben an den Völkerversammler eine gemeinsame Note gerichtet, in der sie auf folgende Notwendigkeit hinweisen: 1. Abwendung von Truppenverrästärkungen nach Oberschlesien. 2. Schnellste Lösung der Teilung des Abstimmungsgebietes.

Verond verläßt Oberschlesien.

Beuthen, 21. Juli. (P.M.) Die deutschen Zeitungen melden, daß General Verond in den nächsten Tagen nach Frankreich fährt, von wo er erst im Herbst zurückkehrt.

Warschau, 21. Juli. „Beit Parisien“ besitzt eine bestimmte Nachricht aus diplomatischen Quellen, wonach die Verfügung, die General Verond aber unterzeichnet ist. Die Abberufung erfolgte auf Verlangen der englischen Regierung. Die General Verond verabschiedet, daß er den Polen günstig sei. Briand war mit der Abberufung einverstanden, soll jedoch erklärt haben, daß diese Abberufung absolut keine Änderung der französischen Politik in Oberschlesien bedeute.

Ein französischer General.

Oppeln, 20. Juli. (Tel.-U.) Der französische General Becomet Denis, der Führer der 91. Brigade, erklärte den Vertretern der Stadt Beuthen, die sich über die nachlässigen Überfälle der Insurgenten und den ungenügenden Schutz der Franzosen beklagten: „Die Angreifer sind ja gar nicht die Insurgenten, nein, der Selbstschutz stößt ja nachts immer vor.“ Als ihm dagegen dargelegt wurde, daß davon keine Rede sein könne, rief er: „Nein, die Vöcher sind die Angreifer.“ Als die deutschen Herren ihn fragten, was er eben gesagt habe, rief er nochmals: „Ja, die Vöcher sind die Angreifer“ und wiederholte das noch zweimal.

Eine Rede des General Gratier.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ schreiben: Der französische General Gratier, Kommandant der in Oberschlesien befindlichen Emigranten, hat beim Begräbnis eines Majors vor versammelten Truppen und vor den Vertretern der alliierten Mächte in Beuthen eine Rede gehalten. In der er wörtlich sagte: „Soldaten! Ich hoffe, Ihr werdet dieses unglückliche Land bald verlassen können. Aber bis zu diesem Zeitpunkt bleibt die würdigen Soldaten Frankreichs, auch zwischen diesen wilden Tieren, zwischen denen wir gezwungen sind, derzeit zu leben. Der Deutsche ist ein feiger und hinterlistiger Schmeicheleier, wenn er Angst hat, aber brutal und wild, wenn er die Situation beherrscht. Mit gewöhnlicher Feigheit haben diese wilden Tiere die Waffe in die Hand des Mörder gedrückt, der unseren lieben Major getötet hat.“

Dabei steht es so gut wie fest, daß der französische Major durch eine französische Kugel gefallen ist, welche Deutsche treffen sollte.

Die französischen Alpenjäger, an die diese Worte in erster Linie gerichtet waren, haben sich denn auch bereits zu schweren Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung hinreizen lassen. Es steht fest, daß insgesamt 65 Deutsche, die seit Tagen spurlos verschwunden waren von jeglicher Verbindung mit der Außenwelt abgehandelt in Dunkelzellen des Gefängnisses im Keller eingeschlossen. Sie sind anscheinend deshalb zurückgehalten, weil sie von den Franzosen furchtbar zugerichtet und aus Schmerz mitleidig behandelt sind. Hier sollen bereits tot sein. Man schleicht dies daraus, daß vorgelesen abend vier leere Särge in das Gefängnis geschafft wurden.

Englands Standpunkt.

London, 21. Juli. (P.M.) Nach „Beit Journal“ sollte gestern das englische Auswärtige Amt die Antwort Curzons auf die Note Briands über die Notwendigkeit der Abwendung von Verstärkungen nach Oberschlesien abgehandelt haben. Die Zeitung berichtet, daß die englische Regierung eine Abwendung von Verstärkungen nicht für notwendig hält, daß sie dagegen auf schnellste Zusammenberufung des Obersten Rates dringt.

London, 21. Juli. (P.M.) Aulicre und Curzon haben gestern Beratungen über die französische Note betreffend Oberschlesien abgehalten. Aus den Beratungen geht hervor, daß das Außenministerium die Zusammenkunft des Obersten Rates für Ende dieses Monats in Boulogne fordert ohne vorherige Einberufung der Sachverständigenkonferenz.

Korfanth.

Korfanth, der in Paris weilt, ist leidend. Der „Intransigeant“ meint, daß sein Leiden ihn wahrscheinlich verhindern wird, die polnischen Interessen zu vertreten, wie es in seiner Absicht lag. Der „Temps“ läßt durchblicken, daß die letzten Erklärungen Korfanths in

maßgebenden Pariser Kreisen einen ungünstigen Eindruck gemacht hätten.

Gewalttaten in Oberschlesien.

Im Kreise Gleiwitz haben in den letzten Tagen wiederum Schieberereien der Insuburganten stattgefunden. In Reiskreischam richtete eine Bande mit Handgranaten bedeutenden Schaden an Gebäuden an.

Im Wald von Manden wurden Montag früh die vergrabenen und entstellten Leichen des Amtsvorstehers Wagner aus Gleschowitz, des Polizeiwachmeisters Richter aus Rybnitz und des Gerichtsaktuars Seidel aus Ratibor aufgefunden.

In Klein-Strehlitz wurde der praktische Arzt Dr. Kroll, als er von einem Landbesuch nach Hause zurückkehrte, von französischen Soldaten mit Kolbenstößen zu Boden geschlagen. Unter schweren Mißhandlungen wurde er nebst dem Polizeiwachmeister des Ortes fortgeschleppt. Die beiden Verhafteten waren die ganze Nacht über im Freien an einen Pfahl gebunden, obwohl Dr. Kroll aus einer Kopfwunde heftig blutete. Am anderen Morgen schaffte man beide nach Oppeln, wo es endlich dem Einschreiten eines englischen Offiziers gelang, sie zu befreien.

Englische Pressestimmen.

London, 21. Juli. (W.A.Z.) „Times“ sagen bei der Besprechung der französischen Note über die ober-schlesische Angelegenheit u. a. folgendes: Wir haben schon oftmals auf die Notwendigkeit einer schnellen Entscheidung der Verhandlungsmächte in dieser Angelegenheit hingewiesen. Wir bemerken jedoch, daß die Lage eine zögerliche Aktion der Verhandlungsmächte erfordert, ehe es sich als möglich erweisen wird, die endgültige Entscheidung zu treffen. „Times“ betonen die Tatsache, daß Frankreich diplomatische Schritte in Berlin unternommen und weitere neue Divisionen nach Oberschlesien geschickt hat. Es ist noch nicht voranzugehen, welchen Standpunkt die englische Regierung einnehmen wird — so schreibt die Zeitung. Die Lage ist aber so ernst, daß von unserer Regierung aus energische Schritte zu erwarten wären. „Morningpost“ erzählt, daß die englische Regierung weiter die Überzeugung hegt, daß eine schnelle Lösung der ober-schlesischen Frage notwendig ist. Die Franzosen — so sagt die Zeitung — geben zu verstehen, daß in letzter Zeit England sich nicht mit Frankreich solidarisch erklärt und nicht das französische Vorgehen stützt. Wir sind aus maßgebender Quelle informiert, daß die englischen Behörden keine solche Informationen befehlen, und daß die englische Regierung vorher nicht unrichtig war von der Absicht der französischen Regierung, bei der Berliner Regierung neue Schritte zu unternehmen. Die englischen Behörden werden alles versuchen, um sich die Gewißheit zu verschaffen, daß die Deutschen ihre Verpflichtungen bezüglich Oberschlesiens loyal erfüllen.

Die Abrüstungskonferenz.

Amerikas Standpunkt.

Wie dem „New York Herald“ aus Washington gemeldet wird, hat das Staatsdepartement in großen Zügen den Standpunkt der Vereinigten Staaten zum Programm der Abrüstungskonferenz wie folgt angedeutet:

1. Die Vereinigten Staaten bereiten selbst keinerlei Programm vor und erwarten, daß die Konferenz sich darüber selbst schlüssig werde; mit ihrer Einladung verfolgten sie nur das allgemeine Ziel.
2. Sie rechnen darauf, daß die Mächte sich vor dem Zusammentritt der Konferenz auf diplomatischem Wege über die zu beratenden Fragen einig würden.
3. Jede beteiligte Macht könne im voraus gewiß sein, daß sie durch ihre Zustimmung zur Beratung eines besonderen Gegenstandes nicht auf ihre Rechte verzichte, später die Beschlüsse der Konferenz zu billigen oder abzulehnen.
4. Die Vereinigten Staaten suchen den Einfluß einer Anzahl von Problemen auf das Programm der Konferenz zu vermindern, die mit dem Zweck der Konferenz nichts gemein hätten und ihren Erfolg in Frage stellen könnten.

Der japanische Premierminister Hara wird nicht selbst nach Washington gehen. Im allgemeinen besteht in Tokio die Auffassung, daß Japan in der Frage der Abrüstungskonferenz einer Krise ersten Ranges gegenübersteht.

Die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 21. Juli. (W.A.Z.) „Chicago Tribune“ berichtet, daß in Washington eine amtliche Mitteilung von dem Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Amerika vorliegt. Die Verhandlungen finden statt zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten in Berlin Dreier und dem deutschen Außenminister. Die Zeitung sagt, daß der amerikanische Generalstaatsanwalt gegenwärtig die Frage prüft, ob eine besondere Proklamation des Friedenszustandes notwendig sei.

Paris, 20. Juli. „Chicago Tribune“ meldet: Der amerikanische Gesandte in Berlin, Dreier, hatte aus Washington direkte Mitteilung, nach dem Außenminister Dr. Rosen über die Frage zu sprechen, welche Friedensbedingungen zwischen Amerika und Deutschland festgelegt werden sollten.

Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ erzählt aus Gesprächen mit einer hohen diplomatischen Persönlichkeit, daß die amerikanische Regierung von der deutschen Regierung zu empfangen wünsche, in welcher Weise der Friedensvertrag am wirksamsten gestaltet werden könne, da die Bedingungen über die Friedensverhandlungen die Situation nur unwesentlich verändert hätten und die Regierung sich somit immer noch in einer verwinkelten Lage befindet.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(36. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Am peinlichsten fiel ihre Kälte ihrem Sohne auf. Er ballte die Hände, während er seiner Mutter Benehmen beobachtete.

Mit hochgehobenem Kopf ging sie auf Hanna zu, die, von teilnehmenden Frauen umringt, sie nicht sogleich bemerkte.

„Hanna, Deine Frau Schwiegermutter“, sagte da Frau Berla. Es klang scharf und fiel wie eine Bombe in die weinenden Frauen.

Sie fuhren auseinander, und er bildete sich eine Gasse. Durch diese schwarze Gasse schritt die lange, hagere, schwarze Gestalt, der Hanna ängstlich entgegenschaute.

„Sie haben Schwebes erfahren!“ begann die Hofrätin. „Ich bedauere Sie! Auf so häßliche Art sollte man jemanden, den man lieb hat, nicht verlieren.“

Das sagte Frau von Horst und streckte schon bei ihren ersten Worten Hanna ihre Hand hin.

Das Mädchen beugte sich darüber, um einen Kuß darauf zu drücken. Ob es wirklich zu einem solchen gekommen war, blieb zweifelhaft. Hanna hatte auffallend schnell sich wieder aufgerichtet, hatte ihre Hand wieder niedersinken lassen und stand nun auch mit hochgehobenem Kopf da.

Ihr Gesicht war sehr blaß, und ihre Augen waren ganz trocken, als sie leise entgegnete:

Der Krieg im Orient.

Die Meldungen des griechischen Generalstabs über die griechischen Erfolge in der Richtung auf Estischehitz werden auch durch die aus Angora und Konstantinopel kommenden Berichte bestätigt. Es steht also fest, daß die neue griechische Offensive erfolgreich begonnen hat und bisher gemäß den Berechnungen des griechischen Generalstabs verläuft. Ihr strategisches Ziel ist zunächst Estischehitz, und in der dortigen Ebene dürfte es wieder zum entscheidenden Kampfe kommen. Die Einnahme von Kutahia ist eine wichtige Etappe auf dem Vormarsch nach jenem Punkte, dessen Einnahme den Griechen den Besitz der strategisch wichtigen Bahnverbindung mit der Küste und dem Innern bringen würde. Nach griechischen Meldungen waren die kemalistischen Truppen schon letzter Tage auf dem Rückmarsch aus Kutahia begriffen, und es ist möglich, daß die Stadt kampflös in die Hände der Griechen gefallen ist. Andererseits melden sie, daß große türkische Verstärkungen nach Estischehitz zu unterwegs seien. Die Türken betrachten anscheinend die bisherigen Vorgänge gewissermaßen nur als die Eröffnung der Partie, denn sie melden ostentativ, daß Isoben Kemal Pascha und General Fawzi an die Front abgereist seien.

Mittlicher Bericht.

Athen, 21. Juli. (W.A.Z.) Offiziell wird mitgeteilt, daß die griechischen Truppen Estischehitz am 16. Juli, abends, besetzt haben.

Bulgarien und Kemalisten.

Sofia, 21. Juli. (W.A.Z.) Ein Radiotelegramm vom 18. Juli aus Athen berichtet, daß das Zusammengehen der Kemalisten mit den Bulgaren eine beständige Tatsache sei. Dasselbe Radiotelegramm meldet Informationen der türkischen Zeitung „Wakit“, nach denen zwischen den Kemalisten und dem bulgarischen Komitee ein Vertrag geschlossen wurde, und nach denen ihre gemeinsame Arbeit schon begonnen hat. Die bulgarische Telegraphen-Agentur ist bevollmächtigt, zu erklären, daß alle diese Informationen un begründet seien.

Die irische Frage.

James Craig ist plötzlich mit seinen Ministerkollegen nach Belfast abgereist. Die irischen Blätter sprechen sich im allgemeinen sehr pessimistisch über den Verlauf der Verhandlungen aus. Die Besprechungen zwischen Lloyd George und De Valera wurden vertagt, angeblich weil der Ministerpräsident noch wichtige Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Dominions pflegen müsse.

Englische Blätter sprechen davon, daß die Schwierigkeiten in der irischen Frage sogar zu einer Kabinettskrise führen können. Lloyd George soll jedoch entschlossen sein, alles zu versuchen, um einen neuen irischen Krieg zu vermeiden, da er unbedingt persönlich an der Washingtoner Konferenz teilnehmen will. Dies wäre nicht möglich, wenn keine Einigung mit Irland erfolgte.

Aus Indien.

London, 21. Juli. (Tel.-An.) Der Präsident der „Daily Mail“ meldet, daß in Britisch-Indien die nationalistische Bewegung sich wieder in radikaler Richtung bewegt. Der Vortritt soll überall scharf aufgenommen werden. Sogar bei dem Besuch des Prinzen von Wales im Herbst wird ein derartiger Vortritt ausgedrückt werden. Die extremistischen Blätter sprechen sogar von der Ausrufung der indischen Republik für den 1. August. Wenn dieses zutrifft, wird mit großen Unruhen zu rechnen sein.

Die Leipziger Prozesse im Unterhaus.

London, 20. Juli. Der Parlamentärsekretär des „Daily Telegraph“ meldet, das Unterhausmitglied Major Christopher habe eine Anfrage an das Unterhaus gestellt zur Unterstützung eines Antrages, der dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Nach diesem Antrag soll das Haus seine Unzulassung mit den Ergebnissen der Leipziger Prozesse aussprechen und die Regierung auffordern Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen des Versailles Vertrags zur Anwendung zu bringen. Im Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt auf eine Anfrage, er habe nicht zitierten können, ob R. v. Krumpholtz P. 319 sich tatsächlich im Augenblick in Danzig aufhalte. Die Frage, ob die Alliierten die Verurteilung hatten offiziell in Danzig verhandelt zu lassen, verneinte der Generalstaatsanwalt.

Arbeit des Kommunismus in Polen.

Warschau, 21. Juli. (W.A.Z.) In einer Auskunft, die der Minister Dąbrowski dem Mitarbeiter des „Kurjer Polski“ gab, sprach dieser u. a. von den Streikwellen, die sich über die polnische Industrie ergießen; voran geht der Streik in der Textilindustrie. Die Arbeiterverbände haben eine Erhöhung der Grundlöhne um 120 v. H. gefordert. Weiter forderten sie eine Aussprache und den Abschluß eines Hauptvertrages und eine Revision der bisherigen Löhne auf Grund der steigenden Teuerung. Eine kommunistische Agitation besteht. Sie führt zu Zusammenstößen der Polizei mit den Arbeitergruppen, welche man irreführen hat. Aus dem Aufruf, den die Kommunisten herausgaben, ist zu erkennen, daß ein Lodzer Komitee und ein Lodzer Vorstadt-Bezirkskomitee der kommunistischen Arbeiterpartei Polens besteht. Dieses weist auf eine wirkliche kommunistische Organisation hin, die sich als Ziel gesetzt hat, Erschütterungen politischer Natur hervorzuheben. Also will man auch den Streik in der Textilindustrie zu diesem Zweck ausnutzen. Die Vertreter der Industrie erklärten, daß sie eine Erhöhung der Grundlöhne von 120 v. H. als unbegründet erachteten. Die Generalversammlung der Industrieverbände erklärte an, daß es dadurch der polnischen Textilindustrie unmöglich gemacht wird, auf den Innenmarkt zu gelangen, und daß bei dem nächsten Zusammenbruch der fremden Wäلتen ein Gebiet werden, das mit ausländischen Textilwaren überschwemmt werden wird. Die Vertreter erklärten, daß sie bereit seien, in Verhandlungen einzutreten, wenn die Verbände ihre Forderungen ermäßigten. Das Arbeitsministerium ist bereit, zwischen den Gewerkschaften und den Industrieverbänden zu vermitteln.

Republik Polen.

† Der polnische Gesandte in Tokio Herr Patel ist gestern abend aus Warschau abgereist.

† Der polnische Gesandte in Berlin, Dr. Edmund Strahburger vom Handelsministerium hat sich bereit erklärt, den polnischen Gesandtenposten in Berlin zu übernehmen.

† Lieferungen des Völkerbundes. Der Völkerbund hat Polen 85 000 Pfund Sterling, nach dem jetzigen Kurs 561 Millionen Mark, 2000 komplette Betten für 50 Lazarette, 36 Sanitäts- und Sanitätsautomobile mit den nötigen Vorräten, gegen 20 Waggons Lebensmittel für die Flüchtlingsstation, 500 Kilo Kampfer, 200 Kilo Chinin, 10 Kilo Salvarsan, 12 Waggons Trifolagen, etliche tausend komplette Bekleidungsstücke, Schuhwerk, Laken, Hemden und 12 Mikroskope überwiesen. Gegenwärtig beschloß der Völkerbund, Polen 231 Millionen für verschiedene Zwecke, wie Wälder, Lazarette, Desinfektionsanlagen usw. zu überweisen. Außerdem ist für obige Zwecke noch die Summe von 594 Millionen Mark bestimmt.

† Streik in Warschau. Die Abendausgabe der „Nacjonalista“ berichtet, daß in den häßlichen Gewerken ein Streik ausbrochen ist, weil man die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter nicht genügend berücksichtigt. Verhandlungen sind im Gange.

† Bekämpfung der Schwindsucht. Infolge der Vorstöße der Abteilung für die öffentliche Gesundheit beschloß der Magistrat, eine Million Mark zur Bekämpfung der Schwindsucht in Warschau zu stiften.

Der Arbeitgeberverband an seine Mitglieder

In Nr. 120 des „Posener Tageblattes“ und in der Nr. 29 des „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblattes“ haben wir unseren Mitgliedern den Spruch des Schiedsgerichtes vom 16. d. Mts. bekannt gegeben. Wir haben dabei erwähnt, daß von Seiten des „Hednoczenie Zawodowe Polskie“ Verurteilung eingelegt worden ist. Eine solche Verurteilung gegen dieses Schiedsgericht konnte nur einen Erfolg haben, wenn formelle Gründe gegen das Urteil des Schiedsgerichtes vorhanden und von dem Ministerium für Arbeiterangelegenheiten anerkannt worden wären. Dieses war mit Sicherheit nicht zu erwarten. Da die Vertreter des Hednoczenie Zawodowe Polskie mit der größten Bestimmtheit erklärten, sich dem Schiedsspruch nicht zu unterwerfen, spitzte sich die Lage zu. Dies veranlaßte den Herrn Minister des hiesigen Teilgebietes, persönlich Vermittlung einzugreifen, was am 19. d. Mts. in einer gemeinsamen Sitzung mit den Arbeitgeberverbänden und dem Arbeitnehmerverband geschah. Die Schwierigkeit der Lage bestimmte die Arbeitgeberverbände zu einem weiteren Entgegenkommen. Auf der Grundlage dieses Angebotes erfolgte dann am 21. d. Mts. in einer nochmaligen Besprechung vor dem Herrn Minister die Einigung der Parteien. Nachstehend bringen wir nunmehr die vom 1. Juli bis 30. September maßgebenden Lohnsätze. Es erhalten:

1. Der Handlanger für die 3. bis 30. 9. 21	3 025.— M.
2. Biedermeier, Viehhirt, Wächter	3 575.— „
3. Bogt, Kutscher	4 125.— „
4. Handwerker	4 675.— „
5. Scharwerker I. Kategorie	täglich 51 10 „
II. „	80 50 „
III. „	102 90 „
IV. „	147.— „
6. Frauen	Stundenlohn 12.— „
7. Häusler	täglich 300.— „
8. Wäلتen pro Monat 150 M. für die Wäلتen	300 „ „ Frauen

9. Saisonarbeiter:

a) Männer über 21 Jahre, zu jeder Mannesarbeit	300.— M.
b) Jungen von 18—21 Jahren	125.— „
c) alle Wäلتen und Jungen über 16 Jahre	102 90 „

10. Ortliche Saisonarbeiter:

a) Männer über 21 Jahre zu jeder Mannesarbeit	318 30 „
b) Jungen von 18—21 Jahren zu jeder Mannesarbeit	144 30 „
c) alle Wäلتen und Jungen über 16 Jahre	106 50 „

Die in der Nr. 106 des „Posener Tageblattes“ und in Nr. 27 des „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblattes“ angegebenen Abfordrungen bleiben bestehen. Abgezogen wird der Abfordrungen das alte Budget nach dem Tarifvertrag.

Der Arbeitgeberverband.

als jene zwei Wagen, die die Trauernden und ihre Hausgenossen heimbrachten, vor dem Tore hielten.

Noch zog der herzbelebende Duft der Wachskerzen und der wellgewordenen Blumen durch das Haus, und dazu gesellte sich jene schreckliche Stille, die unwillkürlich jeden in Trauerhäusern festzuhalten sucht.

Anton, der brave Hausbursche, und seine Helferin, das Extramädel, hatten es trotz allen Bemühens nicht zu Wege gebracht, auch nur eine Spur von Gemütlichkeit in dem Wohnzimmer zu erwecken.

Wieder strahlte der Ofen seine Wärme und die Lampe ihr Licht aus, — aber keines von den fünf, die um den hüßlich gedeckten und reichlich versehenen Kaffeetisch saßen, freute sich all der Annehmlichkeiten.

Es wurde wenig gegessen und wenig gesprochen.

Erst als Breuner von jenen Zeiten zu reden begann, in denen er Bergers Faktotum gewesen, und Hans Mayer beraushin allerlei aus seines Vormundes und Meisters letzten Lebensjahren erzählte, wurden auch die beiden Damen gesprächiger. Es war dabei durchaus nicht festfam, daß nur Liebe, gute und originelle Züge aus des Verewigten Erbenschaften geschilbert wurden und daß alle seine üblen Eigenschaften vergessen zu sein schienen.

Das Fortsein, gar das für immer Fortsein, verklärte ja — gar jene, die wir sehr oder wenigstens ein bißchen lieb gehabt haben. Adalbert Bergers Charakter gewann in diesen Gesprächen umgekehrt. Einer, der ihn nicht gekannt, hätte meinen dürfen, daß der sehr gewöhnliche Mann ganz, besonders geistige und körperliche Gaben besessen habe.

(Fortsetzung folgt.)

Christl. Verband junger
Mädchen. Sonntag,
4: Vert. im Diakonissenhaus.
Sachsenheim. Sonntag,
3½: Gd. Brummed.
Christliche Gemeinschaft
innerhalb der Landeskirche,
St. Lazarus, ul. Malece-
kio 36 1 (Prinzenstraße).
Sonntag, 3: Kinderbund.
5: Jugendbund für E. G.
de 5: Evangelisation. — Freit-
tag, 8: Bibelbeize.

Uniom. Mehlwaage „Chronos“
aus der Maschin-fabrik C. Reuber u. Neiert, G. m. b. H.
in Hennes a. d. Sieg ist umständlicher zu verkaufen. [2135]
Mühle Carlsbach, Roscierayna b. Kalinierowo.

B a b e n, p. Odolanów (Poznań), den 16. Juli 1921

Wielkopolska Papiernia, Bydgoszcz, Gdańska 19.